

Konstituierende Nationalversammlung. — 25. Sitzung am 26. Juli 1919.

130/I
K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Beschlagnahme des Billingdorfer Kohlenbergwerkes durch die ungarischen Kommunisten.

Nur ganz wenige und noch dazu ganz unzureichende Kohlenbergwerke stehen der deutschösterreichischen Volkswirtschaft zur Verfügung, so daß deswegen im vergangenen Winter und Frühjahr und auch jetzt die Kohlensituation geradezu katastrophalen Umfang angenommen hat. Von den bis jetzt noch zur Verfügung stehenden Kohlenquellen ist in der letzten Zeit wieder eine verloren gegangen, und zwar das Kohlenbergwerk Billingdorf bei Wiener Neustadt, das von ungarischen Kommunisten beschlagnahmt worden ist. Da dieses bis jetzt die Gemeinde Wien und zahlreiche Gemeinden des Wiener Bodens mit elektrischer Kraft versorgte, so

bedeutet diese Beschlagnahme nicht allein eine schwere Schädigung der Eigentümerin: „Gemeinde Wien, städtisches Elektrizitätswerk“, sondern auch eine tiefgreifende Beschränkung des wirtschaftlichen Lebens von Wien und allen Gemeinden und Industrien, die direkt oder indirekt von dort elektrische Energie bezogen.

Da bis jetzt über die von der Regierung gegen diese Beschlagnahme eingeleiteten Abwehrmaßnahmen nichts verlautete, so fragen die Gefertigten an:

„Welche Schritte die Regierung in dieser Angelegenheit bisher eingeleitet hat?“

Wien, 26. Juli 1919.

Dr. Straßner.	Schürff.
Glessin.	Dr. Urfür.
Mr. Pauly.	Grahamer.
Müller-Guttenbrunn.	Leopold Stocker.
Wimmer.	Dr. Aingerer.
F. Altenbacher.	J. Birchbauer.
Wedra.	Waber.